Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

2.3.1864 (No. 52)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 2. März.

Nr. 52. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Deutschland.

München, 1. März. (W. T.-B.) Die „Bayer. Ztg." schreibt: Gegenüber dem österreichisch-preußischen Antrag, welcher in der letzten Bundestags-Sitzung gestellt wurde, werden die Regierungen, welche in Würzburg konferirten, einen besondern Antrag einbringen.

Hannover, 29. Febr. (W. K.-B.) In der Abgeordnetenkammer interpellirte heute Hr. v. Bennigsen über die Abstimmung Hannovers in der letzten Bundestags-Sitzung. Der Justizminister v. Windhorst erwiederte: Hannover habe dahin gestimmt, daß die Vollmacht des „dänischen" Gesandten auf den Titel des Londoner Protokolls nicht annehmbar sei, und daß der Ausschuß weitern Bericht ohne Rücksicht auf besagtes Protokoll erstatten möge.

Hamburg, 28. Febr. Man telegraphirt der Wiener „Presse": „Prinz Karl, Generaldirektor der Artillerie (Vater des Prinzen Friedrich Karl), hat gestern Rendsburg verlassen und sich in's Hauptquartier begeben, um, wenn Feldmarschall Wrangel auf seinem Demissionsgesuch beharrt, das Oberkommando über die alliirte Armee zu übernehmen."

Hamburg, 28. Febr. König Christian hat, laut Kopenhagener Berichten, die Reichstags-Adresse gestern entgegen genommen. In seiner Antwort an die Deputation des Reichstags erklärte der König, er verspreche, nicht zu wanken und die gegenwärtige Union nicht aufzugeben.

Hamburg, 1. März. (W. T.-B.) Die „Börs.-Halle" meldet: In Kiel wurde auf unbekannte Veranlassung die Anfertigung schleswig-holsteinischer Uniformstücke eingestellt, die Fabrik fortgeschafft und anderweitig untergebracht.

* **Berlin**, 28. Febr. Der „Staatsanz." bringt einen acht Spalten langen amtlichen Bericht über die Kriegsereignisse in Schleswig vom 1. bis zum 10. Febr. Wir entnehmen demselben eine Stelle, welche sich auf das Vorgehen gegen Jütland bezieht. Das Hauptquartier befand sich am 8. in Flensburg; die Dänen waren größtentheils nach Düppel und Alsen entwichen und nur ein kleiner Theil hatte die Richtung nach Norden eingeschlagen. Der Bericht sagt nun:

Es trat jetzt die Frage näher, in welcher Richtung die weitern Operationen fortzusetzen seien.

Die Hauptmacht der Dänen war, wie schon gesagt, in die Düppeler Schanzen und auf die Insel Alsen zurückgegangen.

Die Stellung von Düppel, die schon im Krieg der Jahre 1848 und 1849 eine bedeutende Rolle gespielt hatte, war seitdem wesentlich verstärkt und erweitert worden. Dieselbe war deßhalb nicht nur in sich selbst, sondern auch in der Verbindung mit der Insel Alsen, durch die überhöhenden Ufer der Insel, sowie in der Möglichkeit, den Angreifer von Schiffen und Kanonenbooten aus zu beschießen, sehr stark, so stark, daß eine schnelle Bewältigung derselben bei einigermaßen guter Vertheidigung höchst schwierig und fraglich erschien. Nur ein systematisch vorrückender Geschützkampf überlegener Artillerie konnte ein günstiges Resultat erhoffen lassen.

In der andern Richtung, nach Jütland, war nur ein kleiner Theil der dänischen Armee zurückgegangen. Auf schleswig'schem Gebiet war nach dieser Seite kein Terrain vorhanden, das dem Widerstand der Dänen eine wesentliche Verstärkung bieten konnte, und es war deßhalb vorauszusehen, daß sie auf dieser Linie kein Gefecht annehmen würden.

Dennoch erschien der Vormarsch in dieser Richtung geboten, da es aus politischen Gründen nothwendig war, die Okkupation des ganzen Herzogthums Schleswig bis auf den von den Düppeler Schanzen abgegrenzten Theil effektiv zu vollziehen, und eventuell später durch Einrücken in Jütland in der Eroberung von Friedericia ein Aequivalent für Düppel und Alsen in Händen zu bekommen, sowie durch Ernährung der Armee auf Kosten des feindlichen Landes Dänemark möglicher Weise zum Frieden zu zwingen. Selbstredend mußten bei einer solchen Operation die Düppeler Schanzen von einer so starken Truppenabtheilung eingeschlossen werden, daß diese im Stande war, jeden Ausfall der Dänen zurückweisen zu können. Dies waren die Gesichtspunkte, die der Feldmarschall für die Bestimmung der ferneren Operationen als maßgebend anerkannte.

Nach allen hier eingehenden Nachrichten dürften die Vorbereitungen zur Beschießung der Düppeler Schanzen nunmehr so weit beendet sein, daß schon die nächsten Tage uns den Beginn derselben melden können. Die Abreise des Prinzen Karl, Feldzeugmeisters der preußischen Artillerie, nach dem Hauptquartier hängt wohl ebenfalls mit diesem bevorstehenden wichtigen Ereigniß in Verbindung. — Dem Vernehmen nach sind neuerdings wieder zwei Artilleriekompagnien auf Kriegsstärke gebracht worden, eine von der brandenburgischen und eine von der westphälischen Artilleriebrigade. Sie sollen bestimmt sein, für den Fall, daß noch mehr schweres Geschütz zur Armee in Schleswig abgesandt wird, dessen Bedienungsmannschaft zu bilden.

Der Gesandtschaftssekretär bei der bisherigen diesseitigen Gesandtschaft in Kopenhagen, Graf v. Wesdehlen, ist von Kopenhagen hier angekommen. Der k. dänische Legationssekretär Frhr. v. Güldenkrone, welcher seither noch mit offiziösem Charakter hier verweilte, hat Berlin am Mittwoch verlassen. Die Vertretung der dänischen Interessen in Preußen hat der hiesige großbritannische Botschafter, Sir Andrew Buchanan, übernommen. — Wie die „N. St. Ztg." erfährt, ist die gegen den Major a. D. Abg. Beitzke vom Militärgericht eingeleitete Untersuchung auf Verletzung der Ehrfurcht gegen den König und auf Verhöhnung von Anordnungen der Obrigkeit gerichtet. Die bisher vernommenen Zeugen wichen jedoch in ihren Auslassungen von den Angaben des Denunzianten, Referendarius Naumann, ab, und ist deßhalb Weiteres abzuwarten.

Berlin, 29. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg." berichtet: „Nachrichten aus Wien bestätigen die vollständige Uebereinstimmung der beiden Großmächte in der dänischen Frage. Der Kaiser Franz Joseph hat dem Hrn. v. Manteuffel seine Anerkennung der preußischen Politik, sowie seine Befriedigung darüber ausgedrückt, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Wien und Berlin so vollständig wieder hergestellt sind." „Das genannte Blatt fügt hinzu: „Diese Uebereinstimmung verbürgt die energische Fortführung der von den beiden Großmächten Dänemark gegenüber als richtig erkannten Politik, und es ist deßhalb von geringer Bedeutung, ob eine Konferenz zu Stande kommt oder nicht."

Nachrichten aus dem Hauptquartier Gravenstein vom 25. und 26. d. M. besagen, daß die Dänen sich immer mehr auf eine ernstliche Vertheidigung der Düppelstellung einrichten. Es wurden am 25. d. die Gehöfte Wielhoi, Freudenthal und mehrere Häuser in Düppel niedergebrannt und südlich von Freudenthal an neuen Verschanzungen gearbeitet. Am 25. und 26. wurden je 13 Mann Dänen zu Gefangenen gemacht. Nach Aussage derselben hatte am 25. die „Sonderburger Ztg." mitgetheilt, daß bei dem Gefecht am 22. Febr. das 18. Regiment Düne an Todten, Verwundeten und Gefangenen 450 Mann verloren habe.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 29. Febr. (W. T.-B.) Das kaiserliche Manifest vom 24. d. M. in Betreff der Verhängung des Belagerungszustandes in Galizien sagt:

Seit vielen Monaten ist das Königreich Polen der Schauplatz unheilvoller Ereignisse. Galizien wurde von Theilnahme an den Schicksalen des Nachbarlandes ergriffen und im Innersten aufgeregt. Gewissenhaft übte die Regierung gegenüber diesen Verhältnissen ihre internationalen Pflichten; sie brachte die bestehenden Gesetze zur Geltung, ließ dabei aber diejenige Milde und Schonung walten, welche ihr geeignet schienen, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen. Der Erfolg entsprach nicht den Erwartungen. Hochverrätherische Verbindungen organisirten sich innerhalb der Grenzen des Reichs, Anwerbungen und Erpressungen zur Unterstützung des Aufstandes finden ununterbrochen statt. Die Sicherheit und das Eigenthum der Bewohner und der Wohlstand des Landes sind gefährdet, die gesetzliche Ordnung ist ernstlich bedroht. Eine revolutionäre, im Geheimen wirkende Gewalt, deren Endziele auch gegen die Sicherheit und die Integrität Oesterreichs gerichtet sind, maßt sich in Galizien eine förmliche Regierungsmacht an, beeidet ihre Organe, und sucht durch Einschüchterung, selbst vor Meuchelmord nicht zurückschreckend, ihren Befehlen Gehorsam zu verschaffen. Zahlreiche Thatsachen deuten an, daß die revolutionären Parteien in naher Zukunft beabsichtigen, auch Galizien und Krakau zum Schauplatz offener Gewaltthaten zu machen. Eingedenk seiner Regentenpflichten gegen ein Land, dessen überwiegende Bewohnerschaft zu seinen treuesten Unterthanen zählt, sah der Kaiser sich genöthigt, Ausnahmsmaßregeln zur Wahrung der Ruhe und zum Schutz der friedlichen Bevölkerung anzuordnen. Der Kaiser wünscht, daß diese Maßregeln bald wieder entbehrlich werden, und hegt das Vertrauen, daß der Regierung die Unterstützung der Bevölkerung zur Herstellung der Ruhe und Gesetzlichkeit nicht fehlen werde.

Frankreich.

)(**Straßburg**, 27. Febr. Gegenwärtig finden hier wie in ganz Frankreich die jährlichen Rekrutenziehungen statt. Die Zahl der dem Kontingente einzuverleibenden Mannschaften übersteigt die normale Friedensquote nicht, sowie denn überhaupt von all den außerordentlichen militärischen Vorkehrungen nichts zu bemerken, von welchen einige Blätter fortwährend sprechen. Es ist nicht zu zweifeln, daß die Regierung wie die Bevölkerung von dem Wunsche beseelt sind, den Frieden zu erhalten. — Die Nachrichten aus den Fabrikbezirken lauten nicht ungünstig, allein die Geschäftswelt im Allgemeinen leidet sehr durch die hohen Diskontosätze der Bank, und während diese berechtigt ist, 7 bis 8 Prozent zu erheben, ist der gesetzliche Zinsfuß, der nicht überstiegen werden soll, 6 Prozent.

* **Paris**, 28. Febr. Das „Memor. diplom." gibt heute nähere Auskunft über die Vorschläge, welche der von England in Anregung gebrachten Konferenz betreffs des dänisch-deutschen Konflikts als Grundlage dienen sollten. Diesem Blatt zufolge hätten die Kabinette von Frankreich und Oesterreich ihre Ansichten gegenseitig über diesen Gegenstand ausgetauscht, und folgender Vorschlag des Grafen Rechberg hätte große Aussicht, die allgemeine Zustimmung zu gewinnen: Der deutsche Theil Schleswigs würde mit dem Herzogthum Holstein dem Deutschen Bunde angehören und nur durch die Personalunion an die Krone Dänemark gebunden sein. Die gemischten Distrikte würden aufgefordert, sich zu entscheiden, ob sie dem Deutschen Bunde oder dem Königreich Dänemark einverleibt sein wollen. Der dänische Theil Schleswigs würde Dänemark einverleibt werden. Man erfährt zugleich aus dem genannten Blatt, daß das Kabinet von St. Petersburg, sobald es auf telegraphischem Wege erfahren hatte, daß Frankreich geneigt sei, die Konferenz zu beschicken, den Baron Brunnow beauftragt habe, derselben im Namen des Kaisers Alexander gleichfalls beizutreten.

♁ **Paris**, 29. Febr. Der „Moniteur" veröffentlicht einen Vortrag des Unterrichtsministers Duruy, betreffend die — nunmehr auch erfolgte — Einsetzung einer Kommission zur Organisirung einer wissenschaftlichen Expedition nach Mexiko. „Ew. Majestät wollen — heißt es in dem Vortrage des Ministers — daß, was an den Ufern des Nils der nachherige Napoleon I. that, in Mexiko unter den Auspizien Napoleon's III. geschehe." Hr. Duruy verlangt zu diesem Zweck einen Kredit von 200,000 Fr. — Unter der Aufschrift: „Die schiefen Lagen" veröffentlicht die „France" heute einen Artikel über den deutsch-dänischen Streit, worin es schließlich heißt:

Auf dem Punkt, wo die Angelegenheiten angelangt sind, nach dem Mißerfolg der letzten Vorschläge des Kabinets von St. James, wäre es zu wünschen, daß die schwebenden Fragen endlich von allen Seiten klar gestellt und die gegenseitigen Stellungen präzisirt würden. Was wollen schließlich Preußen und Oesterreich? Bis auf welchen Punkt werden sie den Krieg treiben? Sind sie der Willensvollstrecker Deutschlands? Oder wo beabsichtigen sie dem Bundestage selbst Widerstand zu leisten? Was will England und bis auf welchen Punkt wird es, nach so vielen Protestationen und Drohungen, den Kampf verfolgen, den Konflikt stets bitterer werden lassen? Wir wünschen Aufklärung aller dieser dunkeln Fragen, wir wünschen es, ohne es zu hoffen.

Senator Pietri ist gestern Abend, 54 Jahre alt, gestorben. Im Augenblick des Staatsstreichs war Pietri Präfekt des Departements Ober-Garonne. Er wurde Polizeipräfekt an Stelle des Hrn. v. Maupas; nach dem italienischen Kriege leitete er bekanntlich die allgemeine Abstimmung, welche die Annexion Nizza's nach sich zog. Im Senat repräsentirte Pietri mit dem Prinzen Napoleon die sog. Napoleonische Demokratie. — Der Sohn Carnot's richtet ein Schreiben an den „Siècle", worin er sagt, das Grab Carnot's sei durch seinen Sohn und noch im vorigen Jahre durch einen seiner Enkel ehrerbietig besucht worden und habe nie aufgehört, Gegenstand der Sorgfalt zu sein. Er könne sich nicht erklären, was die Interpretation des offiziellen Blattes veranlaßt habe; er schreibe deßhalb nach Magdeburg. — Vizeadmiral Jurien de la Gravière wurde vom Kaiser dem Erzherzog Maximilian, welcher demnächst in Paris erwartet wird, für die Zeit seines Aufenthalts in Frankreich attachirt. — Aus Turin geht die Nachricht von dem Tode des Grafen Cavour, Bruder des verstorbenen Ministers, ein.

Marschall Forey hielt gestern in Lille seinen feierlichen Einzug als Kommandant der 2. großen Militärdivision. — Dem Vernehmen nach hat der Marineminister Weisung nach Cherburg ertheilt, daß bis zum 15. März sämmtliche im dortigen Hafen befindliche Panzerschiffe armirt und ausgerüstet sein sollen. — Der „Moniteur" meldet heute, daß dem Baron Salomon v. Rothschild das Exequatur als bayrischer Konsul in Paris ertheilt wurde. — Die Bank von Frankreich veröffentlicht ihren Rechenschaftsbericht pro 1863. Im Lauf des genannten Jahres escomptirte die Bank für 5,688,234,600 Fr. Wechsel, um 265,639,000 Fr. mehr als 1862. Der Diskonto, welcher seit dem 13. Nov. auf 7 Proz. steht, war am 8. Mai auf $3\frac{1}{2}$ Proz. gefallen. Das Maximum des Banknoten-Umlaufs betrug am 20. Jan. 1860 864,439,900 Fr. Der Wechselinkasso in Paris selbst erreichte am Tage vom 31. Dezbr. 1863 die Summe von 103,870,000 Fr. in 94,128 verschiedenen Appoints. Am 31. Oktbr. belief sich die Zahl der einzukassirenden Wechselappoints auf 101,364.

Börse. Rente fiel auf 66.35, Mob. auf 1052, ital. Anl. auf 67.65.

Spanien.

* **Madrid**, 28. Febr. Die Abstimmungen der Bureaus der Kammern sind dem Ministerium nicht günstig gewesen. Man erwartet ein Dekret, welches den Schluß der Session ankündigt und das Land zu neuen Wahlen beruft.

* **Madrid**, 29. Febr. Hr. Mon und der Marquis v. Novaliches sind gestern Abend beauftragt worden, ein neues Kabinet zu bilden aus den liberalen Fraktionen der konservativen Partei in der Kammer. Es ist ihnen gelungen, das neue Kabinet zu bilden.

Dänemark.

Kopenhagen. Unterm 12. d. hat der dänische Minister des Auswärtigen, v. Quaade, an die dänischen Gesandtschaften an den verschiedenen Höfen eine Note gerichtet, welche klar und deutlich ausspricht, welche Stellung das Kopenhagener Kabinet einnimmt. Dieselbe lautet nach der „Presse":

Kopenhagen, 12. Februar.

Mein Herr! Sie wissen bereits, daß die Armee die Dannewirkestellung geräumt hat, um sich in die zweite Vertheidigungslinie, jene von Düppel, zurückzuziehen.

Die Gründe, welche für diese rückgängige Bewegung bestimmend gewesen, sind ausschließlich strategischer Natur. Die ungemeine Strenge

der Jahreszeit, der unausgesetzte Wachdienst und die außerordentliche Erschöpfung der Truppen, verbunden mit der numerischen Ueberlegenheit des Feindes, hatten es unmöglich gemacht, das Dannewirke länger zu behaupten, und wenn die Armee, bei diesem Stand der Dinge, eine Schlacht angenommen hätte, wäre ihre gänzliche Vernichtung zu befürchten gewesen. Gegenwärtig nehmen unsere Truppen eine Stellung ein, welche die Flanke des Feindes bedroht, und sich auf das Meer stützend, sind sie im Besitz aller Vortheile, welche die geographische Konfiguration des Landes darbietet. Düppel ist in der That die einzige strategische Position, welche uns, beschränkt auf unsere eigenen Kräfte, wie wir es sind, gestattet, einen längern Krieg zu unterhalten, auf welchen wir, wie es scheint, uns vorzubereiten haben. Vor der Okkupation Schleswigs hätten wir mit Deutschland Frieden schließen können; nach diesem Ereigniß jedoch bleibt der Regierung des Königs nur ein Weg übrig: den Krieg fortzusetzen bis zur Wiederherstellung der alten Ordnung der Dinge in Schleswig, und bis dieses Herzogthum wieder unter die Autorität des Königs zurückgekehrt ist. Nur dann wird es uns gestattet sein, unsere Bemühungen zur Beendigung unseres Konfliktes mit Deutschland neuerdings im Wege von Unterhandlungen zu wenden. — Ich habe die Ehre u. s. w. Gezeichnet: G. Quaade.

Kopenhagen, 23. Febr. Die „Fyens Stiftsd." berichtet, daß am Sonntag starke feindliche Kolonnen im Anmarsch gegen Snoghöi (zwischen Kolding und Fridericia, Middelfart auf Fühnen gegenüber) waren, und daß der Feind Batterien bei Stendruphage, Hindsgard gegenüber, aufgeworfen hat, von wo er mehrere Granaten — im Ganzen 19 Schüsse — nach Fanö hinüberwarf und einige Yachten beschoß, die im Belte segelten. Auf Fanö hielt die Bürgerwehr von Middelfart in der Sonntagsnacht Wache, da man befürchtete, der Feind werde gegen die Insel einen Coup unternehmen. Zwei Spione, welche in derselben Nacht auf der Insel landeten, um die dortigen Verhältnisse zu erkundschaften, wurden gefangen genommen und nach Middelfart eingebracht. — Die „Fredericia Avis" gibt einige Einzelheiten über das Gefecht bei Bjert (in der Nähe von Kolding) zwischen einer feindlichen Patrouille und einigen unserer Dragoner. Wir verloren 2 Todte und 1 Verwundeten, alle 3 von der 2. Schwadron des 3. Dragonerregiments, welche nach Fridericia eingebracht wurden.

Der Reichstag wird, nach „Dagbladet", seine Sitzungen Ende dieser Woche bis auf Dienstag den 8. März suspendiren, wegen der am 5. März stattfindenden Wahlen zum Reichsrath.

Kopenhagen, 24. Febr. Man schreibt der Wiener „Presse": „Am Dienstag Vormittag berief der König, unaufhörlich durch den englischen Gesandten und durch Telegramme aus London gedrängt, ein sogenanntes erweitertes Conseil, wie dies in wichtigen Fällen gebräuchlich ist. An einem solchen nehmen nicht blos die aktiven Minister, sondern auch diejenigen, z. B. in Kopenhagen anwesenden Staatsmänner Theil, welche früher ein Portefeuille besaßen, ferner überhaupt die geheimen Konferenzräthe (die Staatsbeamten der ersten Rangstufe, den Wirklichen Geheimen Räthen in andern Staaten entsprechend), endlich hervorragende Mitglieder der Landesvertretungen, welche zur Theilnahme an solchen Versammlungen zu berufen der Souverän das Recht hat. Gegen Abend am Dienstag trat nun dieses erweiterte Conseil, welches übrigens keine beschließende, sondern nur eine konsultative Befugniß hat, zu einer ersten Sitzung zusammen. Es bestand aus 23 Mitgliedern und erklärte sich mit 14 gegen 9 Stimmen für Annahme der vorgeschlagenen Konferenz im Prinzip d. h. ohne Präjudiz für irgend ein Programm, aber nur unter der Bedingung eines gleichzeitig eintretenden Waffenstillstandes auf Grund des Status quo auf dem Kriegsschauplatz in Schleswig, bei vorgängiger Räumung der Position Kolding durch den Feind. Mittwoch Morgens fand die zweite und letzte Sitzung statt. Die Majorität sprach sich dahin aus, daß die Forderung aufzustellen sei, während des Waffenstillstandes müsse die Möglichkeit gegeben sein, die Wahlen in Schleswig zu dem bereits ausgeschriebenen Reichsrath zu bewerkstelligen, damit die November-Verfassung in gesetzmäßiger Weise umgestaltet oder auch aufgehoben werden könne. Das Ministerium adoptirte dieses Gutachten in so fern, als es an der Waffenstillstands-Bedingung festhielt, den Punkt wegen der Reichsraths-Wahlen in Schleswig aber nur als etwas Wünschenswerthes in der Erklärung formulirte, die sofort nach London expedirt wurde."

Großbritannien.

* **London,** 26. Febr. Die gestrige Unterhaussitzung wurde wieder großentheils durch eine Konversation über die dänisch-deutsche Streitsache ausgefüllt.

Griffith fragt, ob die Regierung die Nachricht erhalten habe, daß auf Befehl des Prinzen Friedrich Karl von Preußen eine Anzahl der Bewohner von Gravenstein und fast alle Geistlichen des Orts und der Umgegend als Spione verhaftet worden seien und daß eine Warnung an die Bewohner ergangen sei, worin über ihre dänischen Sympathien Klage geführt werde, und man ihnen kund thue, daß alle in Zukunft als Spione verhafteten Personen hingerichtet werden würden. Er wünsche ferner zu wissen, ob eine solche Behandlung der loyalen Einwohner eines von einer Invasion heimgesuchten Landes in Einklang mit der gegenwärtig unter zivilisirten Nationen gebräuchlichen Kriegsführung stehe. Lord Palmerston antwortet, der Regierung sei über den in der Frage berührten Gegenstand keine Nachricht zugegangen.

Auf eine Frage Peacocke's entgegnet Lord Palmerston, daß das am Cap der Guten Hoffnung auf Befehl der englischen Regierung weggenommene Kaperschiff Tuscaloosa wieder freigegeben worden sei, weigert sich jedoch, die Frage, ob Entschädigung wegen der Beschlagnahme geleistet worden sei, zu beantworten. Auf eine Frage Forster's antwortet Layard, die Regierung habe keine Nachricht von einer Blokade der deutschen Häfen durch die dänischen Kreuzer erhalten, obgleich er gehört habe, daß die Küsten Schleswigs und Holsteins blokirt werden sollten.

M'Evoy fragt, ob es wahr sei, daß die dänische Regierung in amtlicher Weise den aktiven Beistand Englands auf Grund des Londoner Protokolls begehrt habe, und ob die englische Regierung wisse, daß sich Dänemark in ähnlicher Weise an Frankreich gewandt und sowohl der englischen, wie der französischen Regierung erklärt habe, daß, falls es eine abschläzige Antwort erhalte, es den ihm von der Regierung des Königs von Italien angebotenen Beistand annehmen werde. Layard weiß nicht recht, was der Interpellant mit dem Londoner Protokoll meine. Wenn er sich auf den Londoner Vertrag beziehe, so sei Kraft jenes Vertrages kein Grund vorhanden, welcher Ihrer Majestät Regierung gebiete, Dänemark wegen des gegenwärtigen Streites aktiven Beistand zu leisten. Wenn er sich jedoch auf die Garantie von 1720 beziehe, so sei der darin vorgesehene Fall nach Ansicht der Regierung noch nicht eingetreten. Was die Vorlegung der auf den dänischen Streit bezüglichen Papiere anbelange, so würden sie voraussichtlich spätestens am Dienstag sämmtlich in den Händen der Parlamentsmitglieder sein. M'Evoy erinnert daran, daß er auf den zweiten Theil seiner Frage keine Antwort erhalten habe. Layard sagt, wie er glaube, habe Dänemark sich auch an Frankreich mit dem Gesuch um Hilfeleistung gewandt; da aber der durch die Garantie vorgesehene Fall nicht eingetreten sei, habe sich die französische Regierung nicht veranlaßt gefunden, eine Meinung abzugeben. Was Italien betreffe, so könne er keine Auskunft geben, da ihm nichts von dem berührten Gegenstand bekannt sei.

Griffith fragt, ob es wahr sei, daß Preußen und Oesterreich in eine Konferenz gewilligt hätten, und ob dadurch eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten bedingt sei. Lord Palmerston: Das große Ziel, welches die Regierung während der langen Unterhandlungen im Auge hatte, bestand darin, eine friedliche Schlichtung der Zwistigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark zu Stande zu bringen. Zu diesem Ende schlugen wir einen Waffenstillstand als Grundlage für eine Konferenz vor; aber wir fanden, daß von jeder Seite solche Bedingungen an einen Waffenstillstand geknüpft wurden, daß die andere Seite nicht darauf eingehen konnte. In dieser Hoffnung getäuscht, schlugen wir vor kurzem eine Konferenz ohne Waffenstillstand vor, indem wir glaubten, daß, wenn eine gewisse Anzahl Personen an einem und demselben Tische die Sache erörterte, wir leichter zu einem Abkommen gelangen würden, als wenn wir in den Hauptstädten verschiedener Länder weit von einander entfernt wären. Oesterreich und Preußen haben in die Konferenz ohne Waffenstillstand gewilligt. Ich glaube, daß Frankreich auch bereit sein würde, an einer solchen Konferenz Theil zu nehmen, und daß Rußland gleichfalls nicht abgeneigt ist. Was Schweden betrifft, so weiß ich nicht ganz sicher, wie es damit steht. Von Dänemark haben wir noch keine Antwort, und deßhalb ist es noch zu keiner Entscheidung gekommen.

Auf Interpellationen Lord J. Manners' über den Einmarsch in Jütland und über die Konferenz antwortet Lord Palmerston: Was die preußischen Operationen in Jütland betrifft, so sind die verbündeten Truppen über die Grenze gegangen und haben eine Position in einem Orte, Kolding genannt, eingenommen. Auf unsere in Berlin gemachten Vorstellungen erhielten wir die Erklärung, jene Operation sei nicht nur ohne Befehl, sondern gemessenen Instruktionen zuwider erfolgt, und der an Ort und Stelle befindliche Befehlshaber der Truppen werde dafür einen Verweis erhalten. Aber es ward hinzugefügt, daß, da sich die Okkupation jenes bestimmten Ortes als von großem strategischem Werthe für die Sicherheit der in Schleswig befindlichen verbündeten Truppen erweise, die Okkupation trotzdem fortdauern werde. (Große Heiterkeit.) Die preußische und die österreichische Regierung halten noch immer daran fest, daß sie die Giltigkeit des Vertrages von 1852 und die Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie anerkennen, und deßhalb hat mein ehrenwerther Freund, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, gesagt, der für die Garantie von 1720 vorgesehene Fall — vorausgesetzt, daß diese Garantie, was eine andere Frage ist, noch anwendbar ist — sei auf den gegenwärtigen Stand der Dinge nicht anwendbar. Was den deutschen Bundestag betrifft, so weiß ich nicht genau, wie es damit steht, möchte jedoch glauben, daß er nichts mit dem Waffenstillstande (Lord J. Manners: der Konferenz) zu thun hat; der deutsche Bundestag ward ursprünglich eingeladen, einen Vertreter zu senden; welchen Entschluß er aber gefaßt hat, weiß ich nicht.

Im Subsidienkomitee legt hierauf Lord C. Paget das Flottenbudget vor. Dasselbe ist auf 10,432,610 L. angesetzt, während es im vorigen Jahre 10,736,032 L. betrug. Es ist mithin eine Herabsetzung um 303,422 L. in Aussicht genommen. Die Zahl der Matrosen ist um 534, die der Schiffsjungen um 2000, und die der Küstenwächter um 1500 herabgesetzt. Im vorigen Jahr betrugen die Mannschaften 76,000; in dem gegenwärtigen Jahr sollen sie sich mit Einschluß der Küstenwächter und der Marinesoldaten auf nur 71,950 belaufen. Davon kommen auf die Marinesoldaten 18,000 Mann; der Sold für die Mannschaften ist auf 2,874,647 L. veranschlagt.

Das Blaubuch über Schleswig-Holstein, so weit es bis jetzt vorgelegt ist, umfaßt die diplomatische Korrespondenz vom 21. Jan. bis zum 30. Sept. 1863. Die Londoner Blätter scheinen nicht geneigt, demselben große Aufmerksamkeit zu schenken. „Wir müssen gestehen — sagt die „Times" — daß wir das Blaubuch gänzlich uninteressant finden. Wir sind jetzt mitten in den Begebenheiten und können uns für den Augenblick kaum für Dinge interessiren, die uns als überwundene Ueberlieferungen und pedantische Wortstreitigkeiten erscheinen."

Am Mittwoch ist in Govan in Schottland eine für die dänische Regierung gebaute Panzerfregatte vom Stapel gelaufen. Sie ist ungefähr 280 Fuß lang, hat 3500 Tonnen Gehalt, und 600 Pferdekraft. Sie ist vom Spiegel bis zum Schnabel mit 4½ Zoll dicken Panzerplatten bedeckt, die eine starke Hinterwand von Thekaholz und Eisen haben.

* **London,** 27. Febr. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses fragte Lord Malmesbury, wie weit eine Angabe der „Morn.-Post" richtig sei, daß die zwei deutschen Großmächte Jütland zu besetzen beabsichtigen, um eine materielle Garantie für die Rückerstattung der Kriegskosten von Seiten Dänemarks in Händen zu haben.

Earl Russell gibt zunächst über den Einmarsch der Alliirten in Jütland dieselbe Auskunft, welche wir von Lord Palmerston gestern gehört hatten, und spricht dann von einer Mittheilung des preußischen Gesandten, die ihm übrigens nicht in formeller Weise zugegangen, dahin gehend, daß die dänische Regierung durch ihren Befehl, deutsche, und insbesondere preußische Schiffe abzufangen, den Krieg allgemein gemacht habe, während die Regierungen Oesterreichs und Preußens die Absicht gehabt haben, ihn zu lokalisiren und einfach eine sog. materielle Garantie zu erlangen; daß jedoch, wenn deutsche Schiffe ohne Unterschied abgefangen werden, die preußische Regierung sich gezwungen sehen dürfte, Schadenersatz für diese Schiffe und deren Ladungen zu fordern und bis zur Erlangung dieses Schadenersatzes Jütland zu besetzen. Mich hat diese Mittheilung durchaus nicht überrascht — fährt Earl J. Russell fort —, denn ich erinnere mich, vor langer Zeit die Bemerkung gemacht zu haben, daß, obgleich der Ausdruck „materielle Garantie" nicht ganz wie Krieg lautet, die dänische Regierung doch nicht verpflichtet sei, die Invasion in ihr Gebiet als etwas Anderes denn wirklichen Krieg anzusehen, und daß sie daher je nach ihrem Ermessen gerechtfertigt sein würde, preußische Schiffe anzugreifen, sie auf offener See zu bekämpfen, solchergestalt eine Entschädigungsfrage anzuregen und dem verhältnißmäßig beschränkten Kampfe größere Ausdehnung zu geben. Ich hatte dies vor einigen Monaten gesagt, um Oesterreich und Preußen von diesem Krieg zurückzuhalten.

Lord Ellenborough: Verstehe ich den edeln Lord recht, wenn ich annehme, daß er über diesen Gegenstand blos mit dem preußischen und nicht auch mit dem österreichischen Gesandten kommunizirte? — Earl Russell: Die eben gemachte Mittheilung erhielt ich bloß von der preußischen Regierung und auch von dieser nicht in Gestalt einer offiziellen Depesche. Von Oesterreich hörten wir blos, daß die kaiserl. Regierung bemüht war, die Aktion ihres Generals so viel als möglich zu moderiren.

Im Unterhause fragt Fitzgerald an, ob einer der als Basis bezeichneten Punkte darin besteht, daß Schleswig und Holstein vereinigt bleiben sollen? (Hört!) Lord Palmerston: Wir haben bis jetzt noch nicht die Einwilligung sämmtlicher an der Konferenz Betheiligten erhalten. Von Kopenhagen ist uns heute die Mittheilung geworden, daß die dänische Regierung aus lokalen Rücksichten es gern sehen würde, wenn man ihr gestattete, ihre Entscheidung über ihren Beitritt zur Konferenz noch einige Zeit hinauszuschieben. Uns kommt es natürlich nicht zu, irgend detaillirte Arrangements festzustellen, welche für den Kongreß Gegenstand der Erörterungen sein sollen; dies wird genügen, daß, wie ich bereits bemerkt habe, die Integrität der dänischen Monarchie die Basis der Verhandlungen abgeben wird. (Beifall.)

Lord Manners wünscht zu wissen, ob der Deutsche Bund zur Konferenz eingeladen worden sei und was er darauf erwiedert habe. — Lord Palmerston: Wir haben noch keine Antwort erhalten, und das Haus wird leicht begreifen, daß der Bund sich in diesem Punkt in einigen Schwierigkeiten befindet. Er ist in zwei entgegengesetzte Lager gespalten; das eine hält am Vertrage von 1852 und dem Prinzip der Aufrechthaltung der dänischen Monarchie fest, während das andere ohne viel Brimborium von Anfang an die Zerstückelung der dänischen Monarchie als das anzustrebende Ziel bezeichnet hat. Wir wollen hoffen, daß diese Schwierigkeit zu überwinden sein wird; aber andererseits ist es möglich, daß es etwas schwer halten wird, die speziellen Verhaltungsbefehle für die Bevollmächtigten des Bundes zu entwerfen. (Hört, hört!)

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 27. Febr. 6. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Begründung der Motion des Geh. Raths Dr. Bluntschli. (Fortsetzung.)

Zu §. 1. Dieser Artikel gibt einen Ueberblick über die neue Organisation, wie ich sie mir vorläufig denke. Die Aenderungen und Erweiterungen gegenüber der bisherigen Zusammensetzung werden sich sofort im Einzelnen ergeben.

Zu §. 2 (Standesherren). Das standesherrliche Element, welches für sich eine politische Bedeutung von erstem Range hat, ist dem Gesetze nach hinreichend, aber in der Praxis nicht genügend vertreten. Der Vorschlag bezweckt, den Standesherren die Theilnahme an den Geschäften zu erleichtern, indem ihnen ein Recht, sich vertreten zu lassen, zugedacht wird. Das Recht der Stellvertretung paßt freilich nicht zu den heutigen staatsrechtlichen Begriffen. Es ist etwas Privatrechtliches und Mittelalterliches darin, was der Natur des modernen Staats widerstreitet. Dieser betrachtet alle öffentlichen Rechte als öffentliche Pflicht, die man nicht beliebig übertragen darf. Die Regel muß also festgestellt werden: Keine Stellvertretung, und nur wenn sehr erhebliche Gründe für eine Vornahme sprechen, darf diese gewährt werden. Solche Gründe sind aber hier vorhanden. Manche Standesherren sind in zwei oder mehreren deutschen Ländern berechtigt, in der Ersten Kammer zu sitzen, und können doch nicht gleichzeitig ihr Recht ausüben. Wenn also hier einem schon oft empfundenen Uebelstand abgeholfen wird, so darf meines Erachtens die Fähigkeit zur Vertretung doch nur in den standesherrlichen Familien selbst angenommen und nicht etwa beliebig ausgedehnt werden. Es könnte das Folgen haben, welche wir Alle vermieden wünschen.

Zu §. 3 (Landeskirchen). Hier ist wie bisher die Vertretung der beiden Landeskirchen aufgenommen. Haben dieselben auch zunächst ihre Hauptaufgabe und Bedeutung nicht auf dem politischen Gebiet, so ist doch ihr mittelbarer mächtiger Einfluß auch auf das Staatsleben nicht zu mißachten, und es ist wünschenswerth, daß sie hier ihre Stimme geltend machen. Es läßt sich vielleicht fragen, ob die alte Repräsentationsform der heutigen Verfassung der protestantischen Kirche noch entspreche; indessen trage ich hier nicht auf eine Aenderung an. Dagegen ist hier eine Vertretung der kirchlichen Ansichten und Interessen auch dann nöthig, wenn die regelmäßigen Vertreter verhindert sind. Ich bedaure es, daß der Herr Erzbischof seinen Stuhl hier einzunehmen verhindert ist, und meine, es sei im Interesse der vielseitigen Berathungen dieses hohen Hauses, wenn bei den wichtigen Kultusfragen, wie vorab der bald zu erörternden Schulfrage, auch die katholische Kirche durch ein hervorragendes Mitglied vertreten sei.

Zu §. 4 (Grundherren, Großgrundbesitz). Hier scheint die Aenderung am durchgreifendsten und nach einer Seite hin nur negativ. Es scheint indessen mehr so, als es wirklich ist. Immerhin erbitte ich mir vorzüglich Ihre Nachsicht und eine vorurtheilsfreie Prüfung.

Der bisherige §. 29 der Staatsverfassung erklärt „sämmtliche adelige Besitzer von Grundherrschaften" für stimmfähig zur Ersten Kammer. Damals hatte diese Bestimmung eine reale Grundlage, denn damals gab es eine Reihe von Grundherrschaften, d. h. von Gutsherrschaften, mit welchen die niedere Gerichtsbarkeit und die untere Polizeigewalt, also gewisse obrigkeitliche Befugnisse verbunden waren. Die Grundherrschaft setzt Unterthänigkeit von Grundholden voraus. Aber seither hat sich gerade hier eine gewaltige Umgestaltung vollzogen. Würde man jenen Verfassungsartikel nach der Strenge seines Wortlautes auslegen, so gäbe es zur Zeit gar keine Vertretung der Art in der Ersten Kammer mehr, denn es gibt in Wahrheit keine Grundherrschaften mehr.

Um dieses wichtige und angesehene Element der Ersten Kammer zu erhalten, mußte man zu mancherlei Fiktionen Zuflucht nehmen. Man substituirte der Grundherrschaft, die nicht mehr existirte, die historische

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Erinnerung an die frühere Grundherrschaft. Man ging sogar noch weiter. Man ließ das Recht auf „Gefälle“ (Zehnten, Grundzinse) als eine Nachwirkung der frühern Grundherrschaft sogar dann gelten, wenn selbst das Grundeigenthum veräußert war. Indessen auch dieser Ersatz hielt die Wandlung der Zeit nicht aus; die Zehnten und Grundzinse wurden abgelöst, und nun erscheint es doch gar zu unnatürlich, die Ablösungskapitalien, welche ganz eben so beweglich und eben so der Zerstörung ausgesetzt sind, wie andere Hypothekarforderungen, fort und fort im Interesse einzelner Familien wie eine Art Grundherrschaft zu betrachten. Die Realität der Grundherrschaft hat sich so zuletzt verflüchtigt bis zu beweglichem Kapital; dieses aber kann doch nicht zur Basis dienen für eine Klasse von Grundherren. Die Zahl der Personen, welche hier in Betracht kommen, beträgt etwas über 200; wirkliche Wähler sind nur etwa 120. Von diesen haben Manche nur eine geringe Quote Antheil an einem Eigenthum, welches früher Grundherrschaft war. Mir scheint diese ganze Grundlage auf die Dauer unhaltbar. Für Erinnerungen kann man wohl Grabdenkmale bauen; man kann darauf einen religiösen Kultus, aber man kann nicht darauf politische Institutionen gründen. Diese erfordern, um lebendig und wirksam zu sein, eine kräftige und lebensvolle Unterlage.

Schon im Jahr 1818, als die Verfassung gegeben wurde, wollte man in der damals noch wirksamen Form der Grundherrschaft einem andern und mit Recht angesehenen Element, dem Stande der früher reichsunmittelbaren Ritterschaft, eine Vertretung sichern. Diese Ritterschaft bildete thatsächlich fortwährend den Kern der sogenannten Grundherren, und es kamen nur einige wenige Familien vom landsäßigen Adel hinzu, welche ebenfalls Grundherrschaften besaßen oder erwarben. Damals schon aber erachtete man es nicht mehr für zeitgemäß, den Adel als solchen als Geblütsstand, und selbst nicht für zweckmäßig, die alte Reichsritterschaft als solche in der Ersten Kammer vertreten zu lassen. Man wählte die Form der Grundherrschaft, um an ein reales und fortdauerndes Machtverhältniß anzuknüpfen.

Diesem Beispiel sollten wir, denke ich, folgen. Da die Form der Grundherrschaft von der Zeit zerstört ist, so kann das aristokratische Element, welches bisher sich dieser Hülle bedient hat, dieselbe nicht mehr benützen. Es kann von da keine Stärke, keine Kraft, keine Autorität entnehmen. Setzen wir an die Stelle der Grundherrschaft größeres Grundeigenthum, dann wird Alles anders. Dafür hat unsere Zeit ein Verständniß, daß der große Grundbesitz einer vorzüglichen Berücksichtigung würdig ist, daß auch der historische Name und die politische Auszeichnung sich darauf heute noch stützen könne, als auf eine feste Grundlage. Meine Meinung ist: Die Herren, welche wir gegenwärtig als Grundherren hier sehen und deren edle Eigenschaften wir kennen und ehren gelernt haben, sollten als Grundherren untergehen und als große Grundeigenthümer verjüngt wieder auferstehen.

Sicherlich ist eine Hauptursache, welche die englische Aristokratie bis auf die Gegenwart angesehen und kräftig erhalten hat, die, daß sich dieselbe niemals kastenartig von den übrigen Klassen abgeschlossen hat und daß insbesondere die öffentlichen Institutionen nie nach Geburtsständen getrennt, sondern vielmehr immer so eingerichtet waren, daß in ihnen Männer von verschiedenen sozialen Klassen geeinigt wurden. Ich wünschte im Interesse des Volkes und der verschiedenen Klassen, daß die Kluft, welche theilweise noch den Adel von den höhern Bürgerklassen trennt, überdeckt und die Mauer abgerissen werde, welche die alten Stände scheidet. Ich halte es für gut und heilsam, wenn in der Klasse der großen Grundbesitzer Adelige und Nichtadelige als Eine Wählerklasse sich zusammen finden. Die Größe des zu fordernden Grundbesitzes kann wohl im Einverständniß bestimmt werden. Ich habe nun die Grund-, nicht die Häusersteuer als Basis angenommen und denke mir, daß ein Grundsteuer-Kapital von 50,000 fl. in der Wirklichkeit einen sehr viel größern Werth des Gutes repräsentirt.

Die Uebergangsbestimmung hat lediglich den Zweck, die bestehenden Stimmrechte der grundherrlichen Wähler in billiger Weise zu berücksichtigen. Ich würde vorziehen, wenn diese Rücksicht entbehrlich wäre. Von einem wohlerworbenen Rechte dieser Wähler, welches durch die neue Organisation verletzt würde, kann nicht die Rede sein, weil diese öffentlichen Rechte keine Privatrechte sind. Sie sind vom Staate abgeleitet und bestehen nur um des Staates willen. Wenn dieser eine Aenderung für zeitgemäß und zweckmäßig erkennt, so kann er dieselbe durchführen, und Niemand ist berechtigt, darüber als eine Rechtsverletzung sich zu beklagen. Keine Rechts-, nur eine Billigkeitsrücksicht spricht für diesen eventuellen Antrag, der die Einzelnen in ihren Gewohnheiten und Ansprüchen möglichst schont und lieber auf die strenge Konsequenz verzichtet, als hart und rücksichtslos erscheinen will. (Schluß folgt.)

†† Karlsruhe, 1. März. 15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig; Geh. Kriegsrath v. Froben.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte der Vertreter des Amtsbezirks Neckarbischofsheim, die Aufhebung des dortigen Amts betreffend; übergeben vom Abg. Fröhlich.

2) Bitte aus Triberg, die Schwarzwald-Bahn betreffend.

3) Bitten von Rohrbach und Gütenbach, die Bregthal-Eisenbahn betreffend; übergeben vom Abg. Gerwig.

4) Bitte des Gewerbvereins zu Furtwangen, die Schulreform betreffend; übergeben vom Abg. Gerwig.

5) Bitte einer Anzahl Einwohner von Pforzheim um allgemeine Wehrbarmachung des Volks; übergeben vom Abg. Lenz.

Eingegangen sind weiter Mittheilungen der Ersten Kammer über die Annahme der Rechnungsnachweisungen; vom großh. Handelsministerium 66 Exemplare einer Denkschrift über Wasserbau; von Buchdrucker Macklot ebensoviel Exemplare einer Denkschrift über Schulreform.

Abg. Heidenreich erhält kurzen Urlaub.

Abg. Paravicini zeigt einen druckfertigen Bericht an.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Moll erstatteten Berichts über die Rechnungsnachweisungen des großh. Kriegsministeriums für 1860/61.

I. Einnahmen und Einnahmelasten.

Bei §. 5, „Erlös aus ausrangirten Pferden“, und §. 7, „Erlös aus der Karte des Großherzogthums“, welche nicht unbedeutende Ueberschreitungen des Voranschlags enthalten, vermißt die Kommission eine eingehendere Berechnung und Nachweisung der betreffenden Posten, und spricht den Wunsch nach größerer Spezialisirung aus. Der darauf begründete Schlußantrag, „in einer Erklärung zu Protokoll die Erwartung auszusprechen, großh. Kriegsverwaltung wolle für die Folge in den Nachweisungen die Ausgaben genauer wie bisher erläutern und dadurch der Kammer unmittelbar die zur Kenntniß der einzelnen Verwendungen genügende klare Einsicht gewähren“, wird nach einer kurzen Diskussion, worin von der Regierungsbank die Erläuterung gegeben wird, daß der Budgetkommission die Einsicht in alle Details und jede mögliche Erläuterung immer zu Gebote stehen, eine allzu große Spezialisirung in den Rechnungsnachweisungen aber diese letzteren zu umfangreich machen und eine Masse von Geschäften veranlassen würde, von dem Berichterstatter im Einverständniß mit der Budgetkommission zurückgezogen.

Die Einnahmen mit 723,814 fl. 4 kr., die Einnahmelasten mit 14,517 fl. 49 kr. werden nach dem Kommissionsantrag für unbeanstandet erklärt.

II. Eigentlicher Staatsaufwand. Der von der Kommission bei Tit. III, 2, 6, Infanterieregimenter und Bataillone ausgesprochene Grundsatz, „daß solche Veränderungen in der Organisation des Armeekorps, welche eine regelmäßig wiederkehrende, dauernde Belastung des Budgets im Gefolge haben, den Ständen vorher zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen sind“, veranlaßt die Erklärung von Seiten des Präsidenten des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig: Die Regierung wird Veränderungen in der Militärorganisation, welche das Budget sofort oder in ihren nothwendigen Folgen höher belasten, der Regel nach nicht ohne vorgängige Aufnahme des entsprechenden Aufwands in das den Kammern vorzulegende Budget zur Ausführung bringen, und wo sie in dringenden Fällen zu einer Ausnahme sich veranlaßt findet, die Rechtfertigung der getroffenen Maßregel nachträglich eintreten lassen.

Weiter gibt der Präsident des Kriegsministeriums die Erklärung ab, daß der gegenwärtige Dienststand der Infanterie von 3840 Gefreiten und Soldaten, welcher s. Z. bei der Formation der 13 Bataillone von ihm in Vorschlag gebracht wurde, nach seiner Ansicht für die bundesgemäße Stärke der Infanterie von 10,898 Mann und das auszubildende Dritttheil der Ersatzmannschaft von 1211 Mann für zweijährige Ausbildung unter Einrechnung der Einsteher ausreichend ist.

Eine kurze Diskussion veranlaßt schließlich die von der Kommission ausgesprochene Erwartung, großh. Regierung werde allen Ernstes darauf hinwirken, daß Pensionirungen von Offizieren überall vermieden werden, wo es nicht das unzweifelhafte Interesse des Dienstes gebietet, und daß auch durch Reaktivirung dienststauglicher Pensionäre die ungewöhnlich hohe Last gemindert werde.

Von den HH. Regierungsvertretern wird eine zusagende Antwort gegeben, und namentlich auf die Verminderung im neuen Budget hingewiesen.

Zu dem Posten „für Anschaffung gezogener Geschütze nebst zugehöriger Munition“ bemerkt der Kommissionsbericht:

„Wir stellen das dringende Ersuchen an großherzogl. Regierung, fort und fort ihren ganzen Einfluß dahin zu verwenden, daß in allen zum Deutschen Bund gehörenden Staaten baldmöglichst ein und dasselbe System von Geschützen und Gewehren mit Munition, sowie sonstigen Waffen eingeführt und ein Kommando angenommen werde, welcher Wunsch sich durch die innere Nothwendigkeit so sehr selbst motivirt, daß wir uns gewiß jedes weitern Wortes in dieser Richtung enthalten dürfen.

Hieran anreihend, werden wir dann auch die gewiß gerechtfertigte Erwartung aussprechen dürfen:

Großherzogl. Regierung werde bei den noch weiter bevorstehenden Aenderungen und neuen Anschaffungen von Geschützen und Waffen fernere Versuche für alleinige Rechnung nach Möglichkeit beschränken und erst dann zu größern Neuanschaffungen übergehen, wenn das zu adoptirende System unzweifelhaft festgestellt ist. Je mehr der unvermeidliche Aufwand für die Armee die an sich schon sehr bedeutende Höhe der Forderung an die Steuerkraft steigert, um so dringender wird die Pflicht der Volksvertretung, nach Kräften auf Verminderung nicht unbedingt nothwendig erscheinender Ausgaben hinzuwirken.“

Der Schlußantrag der Kommission:

den eigentlichen Staatsaufwand des Kriegsministeriums im ordentlichen Etat mit 6,093,398 fl. 25 kr., im außerordentlichen Etat mit 249,946 fl. 34 kr., zusammen mit 6,343,344 fl. 59 kr., für unbeanstandet zu erklären,

wird einstimmig angenommen.

Der Präsident theilt schließlich mit, daß in die Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfs, die Erbauung einer Eisenbahn von Dinglingen nach Lahr betr., von den Abtheilungen gewählt wurden die Abgg. Kirsner, Wenzler, Weber, Gerwig, Schaaff.

Schluß der Sitzung.

†† Karlsruhe, 1. März. 16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 3. März, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über die vergleichenden Darstellungen der Rechnungsergebnisse mit den Budgetsätzen des Finanzministeriums für 1860 und 1861, und zwar Tit. I—III, Kameral- und Forstdomänen-, und Berg- und Hüttenverwaltung, erstattet von dem Abg. Poppen.

Baden.

ℵ Vom Schwarzwald, 27. Febr. Bekannt ist, wie unsere Schwarzwälder, von einer gewissen Wanderlust getrieben, nach fernen Ländern ziehen, um dort ihr Glück zu erjagen, und dann nach Abschluß der Wanderjahre gern wieder in die Heimath zurückkehren, um hier zu genießen und zu verwerthen, was sie draußen gewonnen. Viele auch lassen sich in der Fremde nieder, wenn das Glück sie dort fesselt, obwohl die Sehnsucht nach der Heimath sie niemals verläßt. Der Grundstimmung nach Kosmopoliten, bleiben sie in Deutschland doch immer echte Badener, im Ausland echte Patrioten. Es wäre wohl interessant, die eigenthümlichen, oft abenteuerlichen Züge und Schicksale dieser Wanderer in einer Reihe biographischer Bilder vorzuführen. Angemessen ist es jedenfalls, die Aufmerksamkeit auf Diejenigen zu lenken, die dem badischen Namen auch draußen Ehre verschaffen. In diese Kategorie gehört ohne Zweifel Ph. Furtwängler, der jetzt ein Hannoveraner, im Herzen aber ein echter Badener und Sprößling unserer Berge ist. Ein muthiger, kaum der Schule entlassener Knabe ergriff er vor etwa fünfzig Jahren den Wanderstab, um nach dem Norden Deutschlands zu ziehen. Es ist kaum glaublich, welche Proben das Schicksal ihm auferlegte, um ihn durch Glück und Unglück hindurch endlich auf die Bahn zu lenken, die er suchte. Fast scheint es, daß auch das Schicksal zuweilen, wie hier, von einer poetischen Laune befallen werde, um ein Leben zu gestalten, das man eher für Dichtung als für Wahrheit halten möchte. Bald wurden die Wanderjahre zu Lehrjahren. Die aufmerksame Betrachtung einer Thurmuhr, der mächtige Eindruck eines Orgelwerkes erweckte in ihm den Entschluß, gleiche Stücke ins Dasein zu rufen. Unkundig aller Theorie, von äußern Mitteln entblößt, begann er die Ausführung des Planes. Zunächst aus dem eigenen Geiste schöpfend, dem Genius vertrauend, der ihm das Ideal in der Ferne zeigte, verfolgte er mit unerschütterlicher Beharrlichkeit das Ziel. Der Plan gelang. Bald wurde zu den Versuchen der Praxis die wissenschaftliche Theorie gewonnen und in der Vereinigung beider über das Handwerk hinaus die Kunst gefunden, die dem Geist erst volle Entfaltung seiner Kräfte gestattete. Seitdem besitzt Norddeutschland eine reiche Anzahl von Werken, die dem Künstler Beifall und Auszeichnung verschafften und ihn nach langen Kämpfen zuletzt selbst den Neid, der gegen zunftfreie Geister und Ausländer so gern sich regt, besiegen ließ. Vor wenigen Jahren wurde von ihm und seinen Söhnen auch im Schwarzwald, in der Kirche seines Geburtsortes Gütenbach, ein zwar kleineres, aber darum nicht minder treffliches Orgelwerk aufgestellt. Es ist ein Denkmal, das er der Liebe zu seinen Eltern, die neben der Kirche ruhen, der Liebe zur Heimath und zum engern Vaterlande gesetzt hat. Im Charakter der Stimmen, die aus dem Kunstwerk sprechen, tönt jene Liebe wider. In zwei Stimmen besonders hat dieselbe einen bewunderungswürdigen Ausdruck gefunden. Möge es ihm noch lange vergönnt sein, in geistiger Beziehung mit seinen Heimathgenossen auf dem Gebiete seiner Kunst Schönes zu schaffen!

Nachschrift.

Telegramme.

△ **Dresden,** 1. März. Die Abgeordnetenkammer bewilligte heute die Bundesbeiträge unter mehrfacher Anerkennung der Haltung der Regierung, und gab ihre Befriedigung mit dem Verhalten der Bundeskommissäre und des Oberkommandanten in Holstein durch Erheben von den Sitzen kund.

London, 1. März. (Sch. M.) Im Oberhaus kündigte Lord Ellenborough auf Freitag die Interpellation an, ob die Regierung Maßregeln getroffen habe für den Fall, daß materielle Hilfeleistung für Dänemark nothwendig würde. Auf eine Interpellation, die Verfolgung Mazzini's betreffend, erwiederte Graf Russell: Es sei nicht konstatirt, daß Mazzini oder ein anderer in England wohnender Flüchtling in ein Komplott zur Ermordung Louis Napoleon's verwickelt sei; folglich könne die Regierung keinen Schritt in dieser Angelegenheit thun. Im Unterhaus sagte Disraeli: Frankreich habe dem Blaubuch zufolge im September v. J. den Vorschlag einer Konferenz abgelehnt, wofern im Fall des Scheiterns England nicht den Uebergang zur Aktion zusichere; ob der Kaiser noch auf dieser Bedingung bestehe und unter welchen Aussichten die übrigen Mächte den Konferenzvorschlag annehmen? Lord Palmerston verwies auf den morgen erscheinenden Schluß des Blaubuchs. Die Politik der Regierung sei, durch Versöhnlichkeit den Frieden aufrecht zu erhalten, während die Tories für Polen und Dänemark Krieg gemacht hätten.

†† **London,** 1. März. In der Unterhaussitzung von der letzten Nacht beantwortete Layard eine bezügliche Anfrage Dalgliht's dahin: Der dänische Gesandte habe sein Ehrenwort gegeben, daß ein im Clyde gebautes Panzerschiff während der Dauer des Krieges nicht auslaufen werde.

Die „London Gaz.“ enthält eine Blokade-Anzeige. Blokirt sind seit dem 25. Febr. die schleswig-holsteinischen Ostsee-Häfen, mit Ausnahme der aktuell unter der dänischen Autorität stehenden. Die Klarung neutraler Schiffe aus blokirten Häfen ist bis zum 1. März gestattet.

Brüssel, 1. März. (Sch. M.) In diplomatischen Kreisen wird versichert, Hr. v. Quaade, der dänische Minister des Auswärtigen, habe seine Entlassung genommen. Das dänische Kabinet sei darüber gespalten, ob man noch den Krieg fortsetzen oder auf eine Verständigung eingehen solle.

Kopenhagen, 29. Febr. (Sch. M.) De Meza ist definitiv verabschiedet, Gerlach zum Oberkommandanten, Stjernholm zum Stabschef ernannt. — „Dagbladet“ schreibt: England bekämpft Deutschlands Gewaltthaten mit leeren Demonstrationen, um den Krieg zu vermeiden. Die Personalunion als Konferenzbasis wäre Untergang der Freiheit und Selbständigkeit Dänemarks; seine Integrität wäre alsdann werthlos. Dänemark muß seine Rettung in der Selbsthilfe suchen und durch energischste Fortsetzung des Krieges seine Existenz blutig erkaufen.

† **Kopenhagen,** 29. Febr. Die heutige „Berling. Ztg.“ widerlegt in offiziöser Weise die Gerüchte über die Annahme des Konferenzvorschlags von Seiten Dänemarks mit dem Anfügen: falls die Konferenzbasis Verbindung Schleswig-Holsteins oder Personalunion sein würde, sei der Vorschlag dänischer Seits unannehmbar.

Lemberg, 1. März. (Sch. M.) Die Statthalterei verordnet, unter Strafandrohung, eine allgemeine Entwaffnung, sowie daß Ausländer sich bei der Polizeibehörde sofort stellen, um Aufenthaltserlaubniß zu erwirken.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

29. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 6,93'''	+ 3,0	N.O.	ganz bew.	trüb, frisch
Mittags 2 „	„ 6,87'''	+ 5,3	„	„ „	„ „
Nachts 9 „	„ 8,62''	+ 4,5	„	„ „	„ „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 3. März. 1. Quartal. 32. Abonnementsvorstellung. **Don Carlos;** Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller.

Freitag 4. März. 1. Quartal. 33. Abonnementsvorstellung. **König Enzio;** Oper in 4 Akten, von Abert.

Theater in Baden.

Mittwoch 2. März. **Othello;** Oper in 3 Akten, von Rossini.

Z.f.406. Entfernten Freunden und Bekannten geben wir die traurige Kunde, daß unsere geliebte Tochter, Schwester und Schwägerin,

Magdalena Metz,

heute einem chronischen Gehirnleiden erlegen ist.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen:
Dr. L. Metz, Medizinalrath.
Anna Metz, geb. Wallau.
Elise Metz.
Franziska Metz.
Franz Metz, prakt. Arzt.
Frieda Metz, geb. Beck.
Mina Wittwer, geb. Metz.
Konstantin Wittwer, Professor.

Gerlachsheim, Grünsfeld, Regensburg, den 27. Februar 1864.

Z.f.415. Heidelberg. Nach längerem, schmerzlichem Leiden verschied am 26. Februar

Aloys August Grosholz

aus Baden und Manchester.

Dies zur Nachricht allen Verwandten und Bekannten.

Heidelberg, den 29. Februar 1864.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Z.f.364. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Vom 1. März l. J. an treten für den direkten Verkehr zwischen **Bremerhaven, Geestemünde, Bremen, Sebaldsbrück, Harburg** und **Lüneburg** einerseits und **Basel, Waldshut, Schaffhausen, Konstanz, Romanshorn, Rorschach, Fussach, Bregenz** anderseits via Kassel—Frankfurt—Heidelberg **ermäßigte Transitfrachtsätze** in Wirksamkeit.

Der betr. Tarif kann von den Güterexpeditionen Basel, Waldshut, Schaffhausen und Konstanz zum Kostenpreise bezogen werden.

Karlsruhe, den 27. Februar 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schneider.

Z.f.372. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Vom 1. k. Mts. an werden sowohl im Badisch-Württembergischen Wechselverkehr, als auch im Süddeutschen Verbandsverkehr alle jene Güter der II. Tarifklasse, welche bisher nicht schon in eine der bestehenden Wagenladungsklassen eingereiht waren, bei der Aufgabe von ganzen Wagenladungen oder bei Entrichtung der für Wagenladungen festgesetzten Minimalfracht zu den Frachtsätzen der Wagenladungsklasse A befördert.

Karlsruhe, den 29. Februar 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schneider.

Z.f.404. In der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** ist wieder eingetroffen:

Beyschlag, Ueber Renan's „Leben Jesu". Preis 33 kr.

Z.f.353. **Hohenheim.**

Ankündigung der Vorlesungen an der königl. württembergischen land- u. forstwirthschaftlichen Akademie Hohenheim im Sommerhalbjahre 1864.

I. Hauptfächer. 1. Landwirthschaftliche: spezieller Pflanzenbau, Gemüsebau, Demonstrationen im Obstbau; spezielle Thierzucht, Seidezucht, Demonstrationen in der Bienenzucht; landwirthschaftliche Technologie, Gütertaxation mit Uebungen, landwirthschaftliche Baukunde, Demonstrationen auf dem Versuchsfeld und in den Sammlungen; praktische landwirthschaftliche Uebungen. 2. Forstwirthschaftliche: Waldbau, Forstschutz, Forsttaxation, Forstgeschäftspraxis, Forstgesetzgebung, Rechtskunde, landwirthschaftliche Encyklopädie; Exkursionen. II. Hilfswissenschaftliche Fächer: Agrikultur-Chemie, landwirthschaftlich-analytische Chemie, praktische Uebungen im chemischen Laboratorium, Geognosie, Einleitung in die Botanik, spezielle ökonomische Botanik, Forstbotanik, Exkursionen, Thierheilkunde, allgemeine Zoologie, spezielle Zoologie der Wirbelthiere, praktische Geometrie, Stereometrie, Trigonometrie, Waldwerthsberechnung, Planzeichnen. Ueber die Hilfsmittel der Akademie, die Eintrittsbedingungen 2c. gibt der gedruckte Prospekt Auskunft, der auf Verlangen mitgetheilt wird. Der Anfang der Vorlesungen ist auf den 4. April d. J. festgesetzt.

Im Februar 1864.

Direktion der land- und forstwirthschaftlichen Akademie.
Walz.

Z.f.413. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,
empfiehlt
— **echt russ. Geflügel-Bouillon** 2c. —

Z.f.407. Eine 11jährige Fuchsstute, englischer Race, gesund und knochenrein, ein- und zweispännig eingefahren, ist billig zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Z.f.372.

Trappistine,

Tafel-Liqueur,
abführend und die Verdauung befördernd.

Zubereitet von den Ehrw. P.P. Trappisten, im Kloster von Grace-Dieu, bei Besançon (Doubs).

General-Niederlage:
Boulevard Magenta, Nr. 106, in Paris.

Depot bei **Wilhelm Frey,**
Nr. 15, Steinstraße. Karlsruhe.

(Man kann sich direkt an das Kloster wenden.)

Z.c.616. Berlin.

Neuer Beweis für die Vortrefflichkeit des R. F. Daubitz'schen Kräuter-Liqueurs

(echt zu haben bei dem Erfinder desselben, und in der autorisirten Niederlage in **Karlsruhe** bei **J. Küst**, Langestraße Nr. 44, und bei **Ferd. Schneider**, Amalienstraße Nr. 29, sowie in allen Städten des Großherzogthums).

Sehr geehrter Herr! Schon seit längerer Zeit litt ich an schwacher Verdauung, sehr bösem hartnäckigen Husten, ich warf Blut aus, hatte gar keinen Appetit und wurde zuletzt so schwach, daß ich nicht mehr allein gehen konnte. Alle ärztlich angewandten Mittel brachten mir nur vorübergehend Hilfe. Mehrfach darauf aufmerksam gemacht, holte mir meine Frau endlich eine Flasche von Ihrem Kräuter-Liqueur, und Gott sei's gedankt, **schon nach Verbrauch der ersten paar Flaschen kehrte mein Appetit wieder, meine Kräfte hoben sich, der böse Husten wurde gelinder und ich sah voller Freude einer völligen Besserung entgegen.** Ich werde Ihr so vorzügliches Getränk fortbrauchen, und allen ähnlich Leidenden dasselbe aufs wärmste empfehlen, da ich ja nächst Gott Ihnen für meine wiedererlangte Gesundheit nicht genug danken kann. Hochachtungsvoll **J. A. Zuschneid**, Weber, Gesundbrunnen, Prinzen-Allee 72. Berlin, den 30. Juli 1863.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Direkte **Post-Dampfschifffahrt** zwischen

Hamburg und New-York,

eventuell **Southampton** anlaufend, vermittelst der Postdampfschiffe

Germania, Capt. **Ehlers**, am 5. **März**, **Borussia**, Capt. **Meier**, am **16. April**,
Teutonia, Capt. **Haack**, am 19. **März**, **Saxonia**, Capt. **Trautmann**, am **30. April**.
Hammonia, Capt. **Schwensen**, am **2. April**,

Fracht Pfd. St. 2. 10 für ordinäre, **Pfd. St. 3. 10** für feine Güter pr. ton von 40 Hamb. Kubikfuß mit 15 % Primage.

Passagepreise: Erste Kajüte Pr. Crt. **Thlr. 150**, Zweite Kajüte Pr. Crt. **Thlr. 100**, Zwischendeck Pr. Crt. **Thlr. 60.**

Näheres bei dem Schiffsmakler **August Bolten**, Wm. Miller's Nachfolger, Hamburg, und dessen Agenten: **Karl Hund** in **Achern** und dem **Central-Expeditions-Bureau Mannheim Walter, Reinhardt & Müller.** Z.d.635.

Z.f.411. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,
empfiehlt vorzüglichen
Strachino di Milano,
Edamer Käs, Fromage de Brie, de Neufchâtel (Bondons), **de Rocquefort, Münsterkäs** in Schachteln, alten **Parmesan-**, vorzüglichen **Chester-**, feinsten **Emmenthaler** (Schweizer-), grünen **Kräuter-Käs**, besten **Limburger** (Backstein-) und Rahm-Käs 2c. 2c.

Zu verkaufen

eine große Parthie **trockene** 2zöllige Nußbaumdielen bei **Ch. Ottinel** in **Heidelberg.** Z.f.393.

Z.f.414. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,
empfiehlt die so eben eingetroffenen
Frische Schellfische, Cabeljau, Turbots, Austern, Homards, echten **Astracan-** u. **Elb-Caviar,** ger. Winterlachs, schönes Geflügel, mar. **Aal-Roulade** und Brataal, mar. Häringe, **russ. mar. Sardellen** und **franz.** in Oel, mar. Bricken, Bückinge, **Salzlaberdan**, frische echte **Straßburger Gänseleberpasteten** u. feine Würste, **westph.** Schinken, **Göttinger Trüffelwurst,** frische **Veroneser Salami**, echte Lyoner Cervelatwurst, Göttinger und Braunschweiger Cervelat-, **echte Frankfurter Brat- u. Leberwürste, feine Käse,** wozu wieder
bestes **Lauterbier** vom Spaten in München,
feinstes Bock vom Spaten in München,
echt engl. **Ale** und **Porter.**
(Bock und Lauterbier im Originalfaß billiger.)

Z.f.412. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,
empfiehlt
— Frische fastige **Malaga-Citronen** à 3½ fl., —
— schöne große **Messiner Citronen,** —
— schöne große **spanische Orangen,** —
(bei Original-Kisten billiger),
feinste **Fruits confits assortis,**
in kleinen und großen Sachteln, wie auch im Detail, als: schöne Abricots, Kirschen, Reineclaudes, Angélique, Chinois 2c.,
— neue **Muscat-Datteln,** —
Pistolles, Brünellen, Pruneaux fleuris, Prunes d'Agen, große **Tafel-** und **Kranz-Feigen, Malaga-Rosinen, Sultanini, Tafelmandeln,** lange und runde **Haselnüsse,** Pistazien, cand. ostind. **Ingber, feinste Vanille,** Zimmt, Nelken, Chocolade, **feinsten Caravanen-Thee,** feinsten **Pecco-** und **Souchong-,** feinsten **Gunpowdre-, Haysan-**Thee in ¼, ½ und 1 Pfund-Originalpackung, ebenso mehrere Sorten offen und im Detail.

Z.f.409. Hettigenbeuern, Amts Buchen.

Schäferei-Verpachtung.

Die Schafweide auf der Gemarkung Hettigenbeuern, welche mit 250 Stück Schafen betrieben werden kann, wird

Dienstag den 22. März d. J.,
Nachmittags 1 Uhr,

auf dem Rathhause allda auf einen sechsjährigen Zeitbestand, von Michaeli 1864 anfangend, öffentlich verpachtet; wozu die Pachtliebhaber eingeladen werden.

Hettigenbeuern, den 27. Februar 1864.

Bürgermeisteramt.
Eckert.
vdt. Meixner.

Z.e.903. Nr. 658. Gernsbach.

Liegenschafts-Versteigerung.

Aus dem Nachlasse des Müllermeisters Martin Merkel von Reichenthal wird der Erbtheilung wegen

Mittwoch den 16. März d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

im Rathhause daselbst versteigert:

Eine zweistöckige Behausung mit darin befindlicher Mahlmühle mit einem Schäl- und 2 Mahlgängen, gewölbtem Keller und besonders stehender Scheuer und Stallung, auf 8 Ruthen Hofraithe, neben Andreas Leibiger und dem Bach, vorn der Weg, hinten sich selbst und 15 Ruthen Gemüsegarten beim Haus neben dem Bach und Almend . . . . . 4500 fl.

Der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag oder mehr geboten ist.

Gernsbach, den 22. Februar 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Vollrath.
Kirchgeßner, Notar.

Z.c.878. Nr. 77. Waldkirch.

Liegenschafts-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Löwenwirth Johann Hoch in Wildgutach am

Samstag den 12. März d. J.,
früh 10 Uhr,
im Löwenwirthshaus daselbst

nachbeschriebene Liegenschaften versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis auch nicht erreicht wird.

Ein zweistöckiges Wohnhaus, nebst Scheuer und Stallung unter einem Dach, mit der Realwirthschaftsgerechtigkeit zum Löwen, dann ungefähr
7 Morgen Wiesen und Acker, meistens aber Wiesen,
5 Morgen Wald und
¼ Morgen Obst- und Gemüsegarten, tax. zu 7900 fl.

Waldkirch, den 20. Februar 1864.

Der großh. Vollstreckungsbeamte:
Aberle.

Z.f.387. Altenheim.

Eichen-Versteigerung.

Die Gemeinde Altenheim läßt am

Freitag den 11. März,
Morgens 9 Uhr,

in ihrem Gemeindewald auf dem Platze selbst 50 Stück zu Boden liegende starke Holländereichen versteigern; wozu die Liebhaber höflichst eingeladen werden.

Altenheim, den 23. Februar 1864.

Das Bürgermeisteramt.
Böttler.
vdt. Jund, Rathschreiber.

Z.f.391. Kuppenheim.

Holländer- und Bau-Eichen-Versteigerung.

Am Dienstag den 8. März d. J., Morgens 10 Uhr anfangend, versteigert die Gemeinde Kuppenheim aus ihrem Gemeindewald 42 Stämme Holländer- und Baueichen.

Der Versammlungsplatz ist beim Rathhaus hier.

Kuppenheim, den 28. Februar 1864.

Das Bürgermeisteramt.
Hertweck.

Z.f.366. Tauberbischofsheim. (Holzversteigerung.) Im Domänenwald Hachtel bei Gerchsheim werden

Freitag den 11. März d. J.

versteigert:

16 eichene Nutz- und Bauholzstämme, 1 Elzbeerstamm, 3 eichene Stangen, 13½ Klafter buchenes und eichenes Scheitholz, 12½ Klafter buchenes, eichenes und gemischtes Prügelholz, 2½ Klafter Stockholz und 7260 Stück gemischte Wellen.

Zusammenkunft Morgens 9 Uhr auf der Landstraße beim Hachtel.

Tauberbischofsheim, den 26. Februar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Ostner.

Z.e.895. Nr. 3255. Freiburg. (Erkenntniß.) Augustin Spiegelhalter von Vierthäler sei wegen unerlaubten Waffentragens in eine Geldstrafe von 3 fl., sowie in die Kosten des polizeilichen Einschreitens zu verurtheilen.

Freiburg, den 23. Februar 1864.

Großh. bad. Landamt.
Hippmann.

Z.e.892. Nr. 1948. Konstanz. (Bekanntmachung.) Der Besitz des Vermögens des durch diesseitiges Erkenntniß vom 4. April 1832, Nr. 4849, als verschollen erklärten Joseph Weber von Staad wird auf gestellten Antrag und nach Ansicht des L.R.S. 129 den berechtigten Erben endgiltig zuerkannt, und die geleistete Sicherstellung aufgehoben.

Konstanz, den 26. Februar 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Stösser.

Z.f.388. Schwetzingen. (Erledigte Gehilfenstelle.) Wegen Uebertritt des diesseitigen I. Gehilfen zum Steuerperäquationsfach wird dessen Stelle mit einem Gehalt von 500 fl. erledigt, die mit einem Kameralpraktikanten oder Assistenten wieder besetzt werden soll. Bewerber um solche wollen sich anher melden.

Schwetzingen, den 29. Februar 1864.

Großh. bad. Obereinnehmerei.

Z.f.334. Nr. 86. Gengenbach. (Erledigte Gehilfenstelle.) Bei großh. Eisenbahnbau-Kasse Gengenbach kann sogleich ein gewandter Dekopist eintreten. Gehalt 400 bis 500 fl. jährlich. Die Lusttragenden sind zur Anmeldung eingeladen. Gengenbach, den 27. Februar 1864. Großh. bad. Eisenbahnbau-Kasse. Schnemacher.

Frankfurt, 29. Febr. 1863. Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	5% Obligation.	101¾ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99½ P.
„	5% do. 1852 in Lst.	77⅝ P.	„	3½% dto.	— —
„	5% do. 1859 „ „	77⅛ P.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102⅛ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	90¾ G.	„	4½% dto.	101⅝ P.
„	5% Benet. C. b. R. 6/7	78⅜ G.	„	4% dto.	99 G.
„	5% Nat.-Anl. 1854	64⅝ b. G.	„	3½% dto.	— —
„	5% Met.-Obligat.	58⅛ P.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	91½ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	— —	Lrbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. C.	80½ G.
„	4½% Met.-Oblig.	51¼ P.	Frankf.	3½% Obligation.	98 b. G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% dto.	91½ P.
„	4½% do.	100½ P.	Rußl.	5% Obl. in C. à fl. 12	86 P.
„	4% do.	94¾ P.	Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	85 P.
„	3½% Staatssch.	88¾ G.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101¼ P.	„	2% Schuld	45⅛ G.
„	4½% ½jährig	101¾ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100 P.
„	4% 1jährig	99⅝ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99¾ P.	Schwd.	4½% Obligation.	95⅛ P.
„	4% Ablös.-Rente	99⅛ G.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	95⅜ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 k.	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ G.	„	4½% Bern. St.-O.	102 P.
„	4% dto.	102¼ G.	„	4% dto.	— —
„	3½% dto.	95⅜ P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	96½ P.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	93⅛ P.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138¾ G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50½ P.
5% Oesterr. Bank-Aktien	755 P.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50¼ P.
3% „ Cred. A. i. O. W.	175½ bG	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	78 G.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	72⅛ P.
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	212½ b.	5% Bdh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	82¼ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	86½ P.	4½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	101 P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	90⅞ G.	4% Oest. Lld. 1. Pr.-O. L. Süd.	78¾ G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	— —	5 „ „ 2. „ „	— —
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	102¾ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	328 G.	4% „ „ „ „	— —
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	— —	4½% Rhein-Nahe b. Pr. O.	97⅝ G.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	187 G.	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 3/4	108 G.	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn	25¾ P.	4% Südd. Buk.-A. 30% Einz.	251 P.
4% Ldwb.-Berb. Eisenbahn	137½ bG	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	102¾ P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	109½ b.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	109½ b.	3% Deutsch. Phönix 20% „	148 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	125¾ G.	4% Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100 P.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	115 G.
„ 250 „ „ 1854	73⅜ P.
„ 100 „ Pr. L. 1858	129¾ bG
„ 500 „ v. 1860 6/7	76¾ b.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112½ P.
„ 35- „ „	— —
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53⅝ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132¾ P.
„ 25 „ „ „	36⅜ G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ P.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	60 P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	33 G.
3% L. A. b. St. Brüss.	96 P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35½ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86 G.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅞ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	t. S.	99⅜ G.
Antwerpen	„	93⅛ G.
Augsb. 20 fl. 100	„	99⅞ B.
Berlin	„	105 G.
Bremen	„	96⅝ B.
Brüssel	„	93⅛ G.
Cöln	„	105 G.
Hamburg	„	88½ G.
Leipzig	„	105⅛ G.
London	„	118 G.
Maild. i. Fr. 200	„	92⅝ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	93¼ G.
Wien	„	98 G.
Disconto		4% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 39½-40½
Preuß. Frd'or.	„	9 55½-56½
Holl. fl. 10 St.	„	9 44½-45½
Rand-Ducat.	„	5 33 -34
20-Frankenst.	„	9 19½-20½
Engl. Sover.	„	11 44 -48
Gold pr. Zpfd.	„	803 -8
Hh. Silb. p. 3pfd.	„	52 6 -36
Preuß. Cassch.	„	1 44⅞-45⅛
Doll. in Gold	„	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.